

Betreff Freigabe aus Zusetzungen Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen im Rahmen der Jugendarbeit

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung | <input type="checkbox"/> Rechtsamt |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kämmerei | <input type="checkbox"/> Umweltamt: Umweltprüfung |
| <input type="checkbox"/> Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nach HGIG | <input type="checkbox"/> Straßenverkehrsbehörde |
| <input type="checkbox"/> Frauenbeauftragte nach HGO | |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | |

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- | | | |
|-----------------|---|------------------------------------|
| Kommission | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ausländerbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kulturbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Ortsbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| Seniorenbeirat | <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung nicht erforderlich erforderlich

öffentlich nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Beschluss Nr. 0221 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligung vom 24. November 2021

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

22-V-51-0054

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden
- finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

Prognose Zuschussbedarf

HMS-Ampel rot grün abs.:
in %:

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung abs.:
in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
CO	2023	51 Off.Arb.Kind.+Jug.in städt. Regie	17.000	17.000		1014/613900
CO	2023	51 Unterst. off. Arb.Ki.+Jug.fr.Träger			17.000	1015/785990
CO	2023	Jugendarbeit WI/Personalkosten	40.000	40.000	40.000	1300176/630098
CO	2023	Jugendarbeit AKK/Personalkosten	10.000	10.000	10.000	6300013/630098
Summe einmalige Kosten:			67.000	67.000	67.000	
CO	2024ff	51 Off.Arb.Kind. + Jug. in städt. Regie	17.000	17.000		1014/613900
CO	2024ff	Jugendarbeit WI/Personalkosten	40.000	40.000		1300176/630098
CO	2024ff	Jugendarbeit AKK/Personalkosten	10.000	10.000		6300013/630098
Summe Folgekosten:			67.000	67.000		

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Auf Antrag der jeweiligen Ortsbeiräte erfolgten am 26. November 2021 durch den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen finanzielle Zusetzungen für einzelne Bereiche der Abteilung Jugendarbeit (VI/5104) in den Haushaltsjahren 2022/23, die derzeit der Haushaltssperre unterliegen. Um die dringend notwendigen Aufgaben, für welche die Zusetzungen erfolgten, umsetzen zu können, wird die Freigabe der Gelder ab dem 1. Januar 2023 - vorab der Genehmigung und Freigabe des Haushaltes 2023 - beantragt.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. zum Ausbau der Jugendarbeit im Bereich der Mobilen Jugendarbeit (510431), im Stadtteilzentrum (STZ) Westend - Georg-Buch-Haus (510435) sowie im Kinder- und Jugendzentrum Reduit (510433) Zusetzungen von Haushaltsmitteln durch den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen auf Antrag dreier Ortsbeiräte erfolgten, die derzeit der Haushaltssperre unterliegen.
 - 1.2. zur Umsetzung der unter BP 1.1 genannten Aufgaben die vorzeitige Freigabe der Zusetzungen - vorab der Genehmigung und Freigabe des Haushaltes 2023 - zum 1. Januar 2023 erforderlich ist.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1. Zur Ausweitung der Angebote im Rahmen der aufsuchenden Arbeit für Jugendliche im Westend Wiesbadens wird die Zusetzung in Höhe von 40.000 € freigegeben.
 - 2.2. Zur Ausweitung der Angebote im Rahmen der Jugendarbeit des Jugendtreffs Kostheim wird die Zusetzung in Höhe von 10.000 € freigegeben.
 - 2.3. Zur Weiterführung und Ausweitung der Mobilen Jugendarbeit in den östlichen Vororten wird die Zusetzung in Höhe von 17.000 € freigegeben. Die Zusetzung wird von *1015/785990 (51 Unterst.off.Arbeit.Kind. + Jug.fr.Träger*“ in *1014/613900 (51 Off.Arb.Kind. + Jug.in städt.Regie)* umgewandelt.
 - 2.4. Die Freigaben erfolgen zum 1. Januar 2023 vorab der Genehmigung und Freigabe des Haushaltes 2023.
 - 2.5. Zur Fortführung der Maßnahmen ab 2024 entstehen Kosten in Höhe von jährlich 67.000 €, die von Dezernat VI/51 zum Haushalt 2024/2025 angemeldet werden. Die Eingabevorgaben sind entsprechend zu erhöhen.
 - 2.6. Dezernat VI/51 wird beauftragt, in Verbindung mit Dezernat III/20 die haushaltsrechtliche Umsetzung vorzunehmen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zu 2.1.

Bereits im Forderungskatalog des „Handlungsprogrammes Inneres Westend“ wurde die Notwendigkeit des Ausbaus der Mobilen Jugendarbeit gefordert. Ein verstärkter Zuzug von meist bildungsbenachteiligten Familien aus dem osteuropäischen Raum, die hohe psychosoziale Belastung von Jugendlichen als Folge der Pandemie und der sich anschließenden gesellschaftlichen Krise ausgelöst durch den Krieg in der Uk-

raine und den Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen zahlreicher Jugendlicher erfordern einen erhöhten pädagogischen Betreuungsbedarf, der mit den vorhandenen Personalressourcen nicht mehr erfüllt werden kann.

Der steigende Bedarf an Freizeitangeboten, kompetenten pädagogischen Ansprechpartner*innen und Lobbyarbeit für Jugendliche lässt sich insbesondere auf den Öffentlichen Plätzen im Westend, v.a. am Blücherplatz und auf dem Quartiersplatz, feststellen. Zu Spitzenzeiten wird gerade der Blücherplatz von bis zu 70 Jugendlichen am Nachmittag besucht. Zurzeit kann die aufsuchende Jugendarbeit an den Öffentlichen Plätzen lediglich an zwei Tagen pro Woche präsent sein - mindestens vier Tage pro Woche sind aber erforderlich, um eine Qualität, Kontinuität und Nachhaltigkeit der Arbeit zu gewährleisten. Die notwendigen Aufgaben implizieren auch die Partizipation der Jugendlichen bei Erneuerungen infrastruktureller Maßnahme auf den Plätzen (z.B. Umgestaltung Blücherplatz, Erstellen eines Containers etc.) in Zusammenarbeit mit den zu beteiligenden städtischen Fachämtern.

Mit der auf Antrag des Ortsbeirates Wiesbaden Westend/Bleichstraße erfolgten Zusetzung in Höhe von 40.000 € könnte ein bereits beschäftigter hauptamtlicher Mitarbeitende mit zusätzlichen wöchentlichen 22 Stunden beschäftigt werden und die Arbeitszeit um diesen Anteil erhöhen. Die Notwendigkeit der dringenden Umsetzung wurde vom Ortsbeirat in der Sitzung vom 2. November 2022 noch einmal klar formuliert und gefordert.

Zu 2.2.

Der Jugendtreff Kostheim - eingebunden in das Kinder- und Jugendzentrum Reduit (510433) - wird seit Juni 2020 betrieben. Bei Inbetriebnahme des Treffs sollte dieser an zwei bis drei Tagen geöffnet sein - jeweils mit Besetzung von zwei pädagogischen Mitarbeitenden. Mit vorhandenem Personal kann der Treff derzeit aber lediglich an zwei Tagen von 18:00 - 21:30 Uhr stattfinden. Dringender Bedarf besteht hier für jüngere Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren sowie für den Arbeitsbereich der Mädchenarbeit, der die Öffnung eines dritten Tages erfordert.

Hier beläuft sich die auf Antrag des Ortsbeirates Kostheim erfolgte Zusetzung auf 10.000 €, mit welcher eine Stundenerhöhung von wöchentlich 4 Stunden eines bereits beschäftigten hauptamtlichen Mitarbeitenden realisiert werden und die Erweiterung der Öffnungszeiten ermöglicht werden kann.

Zu 2.3.

Neben den hauptamtlichen Mitarbeitenden der Mobilien Jugendarbeit in den östlichen Vororten war in diesem Bereich noch der Träger „Evangelisches Dekanat“ unterstützend tätig. Mit städtischen Zuschussgeldern beschäftigte das Dekanat pädagogische Betreuer*innen (meist Studierende), die aufgrund der notwendigen Doppelbesetzung die hauptamtlichen Mitarbeitenden unterstützten. Nur so war es möglich, die Angebote an den zahlreichen Orten durchführen zu können. Da hier seit Jahren ein steigender Bedarf zu beobachten ist, sollte auf Antrag des Ortsbeirates der Zuschuss an das Dekanat erhöht werden. Zwischenzeitlich besteht keine Zusammenarbeit mehr mit dem Evangelischen Dekanat und die Unterstützung durch Betreuungskräfte endete, so dass einige Angebote derzeit wegen fehlendem Personal nicht aufrechterhalten werden können.

Das Konstrukt der pädagogischen Betreuungskräfte ist gerade im Bereich der Mobilien Jugendarbeit in den östlichen Vororten sehr erfolgreich, da hier zusammen mit den hauptamtlichen Mitarbeitenden zahlreiche Angebote durchgeführt werden können. Für die oftmals Studierenden, die hier betreuend tätig sind, bietet diese Möglichkeit eine Chance, Einblicke in die pädagogische Arbeit zu erlangen. Die Zusetzung im Bereich der Zuschüsse soll daher in Sachmittel umgewandelt werden, um pädagogische Betreuende auf Basis des Übungsleiterfreibetrages zu beschäftigen. Die Umsetzung ist dringend erforderlich, da durch die Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Dekanat die Angebote in einzelnen Bereichen derzeit trotz hoher Bedarfslage brach liegen. Auf Antrag des Ortsbeirates Wiesbaden Bierstadt erfolgte die Zusetzung in Höhe von 17.000 €.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Manjura
Stadtrat